120 Jahrg. 170 Ausgabe

Tägliches Cincinnatier Volksblatt.

Herausgegeben von der Cincinnati Volksblatt Compagnie, No. 127 Ost Siebente Straße, nahe der Main Straße.

82. Jahrgang. Cincinnati, Samstag, den 26. Januar 1918. Preis 2 Cents. No. 23.

True translation filed with the Postmaster at Cincinnati on January 25, 1918, as required by the Act of October 6th, 1917.

Beantwortet

Hat Reichskanzler Graf von Hertling das Programm des Präsidenten Wilson.

Deutschland wird unter keinen Umständen Elsaß-Lothringen herausgeben.

Belgiens Annexion bildete niemals einen Theil des deutschen politischen Programms.

Mit den ersten vier Punkten in Wilsons Programm ist Deutschland einverstanden.

Bezüglich der anderen Punkte herrschen obgegen Meinungsverschiedenheiten.

Oesterreich und die Türkei sollen die auf sie bezüglichen Punkte selbst beantworten.

Der Kanzler erklärt jedoch, daß Deutschland seinen Verbündeten treu zur Seite stehen wird.

Räumung des russischen Gebiets geht nur die Russen und den Vierverband an,

Da die Alliirten die Einladung zu den Friedensverhandlungen nicht angenommen haben.

True translation filed with the Postmaster at Cincinnati on January 25, 1918, as required by the Act of October 6th, 1917.

Berlin, 24. Januar, via London, 25. Januar. Reichskanzler Graf von Hertling erklärte in seiner Rede vor dem Hauptkommitee des Reichstags, daß die Frage der Rüstungsbeschränkungen eine Frage sei, die völlig frei zur Diskussion stünde. Der Kanzler fügte hinzu, daß die finanzielle Lage aller europäischen Länder nach dem Kriege ohne Frage in sehr wirksamer Weise zur Lösung dieser Frage beitragen würde.

Graf von Hertling vertrat den Standpunkt, daß Elsaß-Lothringen fast durchweg absolut deutsches Gebiet sei, das Deutschland mit Gewalt entrissen worden. Als Deutschland im Jahre 1870 das Land beanspruchte, „das in verbrecherischer Weise ihm entrissen worden," handete es sich nicht um die Eroberung ausländischen Gebiets, wie der Kanzler betonte, sondern um etwas, was man heutzutage als Disannexion bezeichnet.

Hinsichtlich der Frage der Freiheit der Meere herrscht zwischen Deutschland und dem Präsidenten Wilson keine Meinungsverschiedenheit, sagte Graf von Hertling. Er fügte hinzu, daß die absolute Freiheit für den Schiffsverkehr zu Kriegszeiten, ebenso wie während des Friedens, eine der Hauptforderungen Deutschlands sei. Es sei für die künftige freie Schiffahrt von Wichtigkeit, daß England veranlaßt würde, seine stark befestigten Stützpunkte auf internationalen Meeresstraßen, wie Gibraltar und die Falkland-Inseln aufzugeben.

Der Kanzler verlangte, daß die Führer der mit Deutschland kriegführenden Völker neue Vorschläge unterbreiteten. Die vom Präsidenten Wilson und dem Premierminister Lloyd George entworfenen Bedingungen enthielten gewisse Grundsätze, die für Deutschland annehmbar seien, sagte er, aber die konkreten Vorschläge seien unbefriedigend.

Die Frage der Räumung des russischen Gebiets sei eine Angelegenheit, die nur Rußland und die Centralmächte anginge.

Deutschland habe niemals Inkorporation von belgischem Gebiet durch Gewalt gefordert, versicherte der Kanzler. Der Status Polens würde von Deutschland und Oesterreich-Ungarn erledigt werden. „Wenn alle anderen Fragen erledigt seien, fügte er hinzu, würde Deutschland bereit sein, die Frage einer Friedensliga zu erörtern.

Die vierzehn Punkte in dem vom Präsidenten Wilson in seiner Rede vor dem Kongreß für den Weltfrieden entworfenen Programm erörternd, erklärte der Kanzler, daß ein Uebereinkommen bezüglich der ersten vier Punkte ohne Schwierigkeit erzielt werden könnte.

Hinsichtlich des fünften vom Präsidenten Wilson aufgestellten Punktes würden sich jedoch etliche Schwierigkeiten einstellen.

Mit Bezug auf die Punkte 9, 10 und 11 in der Rede des Präsidenten Wilson, sagte Graf von Hertling, müsse er die Beantwortung in erster Linie Oesterreich überlassen, während in den Fällen, in welchen deutsche Interessen in Frage kämen, sie energisch vertheidigt werden würden.

Graf von Hertling bemerkte, daß er die Stellungnahme der Türkei hinsichtlich des Punktes 12 in der Rede des Präsidenten Wilson nicht voraussagen könne, er fügte jedoch hinzu, daß die Unverletzlichkeit der Türkei und die Sicherheit der Hauptstadt des Landes so eng mit der Frage der Meerenge verknüpft seien, daß sie auch für Deutschland von allergrößtem Interesse sei.

Friedensunterhandlungen mit Rußland.

Amsterdam, 25. Jan. In seiner Rede vor dem Reichstags-Hauptkommitee am Donnerstag nahm der Reichskanzler Graf von Hertling auf die Unterhandlungen mit den Russen in Brest-Litovsk Bezug, mit dem Bemerken, daß er an der Hoffnung festhalte, daß sie zu einem günstigen Abschluß führen würden. Er fuhr dann fort:

„Unsere Unterhandlungen mit den Vertretern der Ukraine sind in günstigerer Verfassung. Jedoch müssen auch hier noch Schwierigkeiten überwunden werden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen in Bälde Abschlüsse mit der Ukraine zu machen, im Interesse beider Seiten, die auch wirthschaftlich von Vortheil sind.

Ein Ergebniß, meine Herren, mag erwähnt werden, was Ihnen allen bekannt ist. Im verflossenen Monat machten die Russen den Vorschlag, an alle Kriegführenden eine Einladung zur Theilnahme an den Unterhandlungen ergehen zu lassen. Rußland unterbreitete gewisse, sehr allgemein gehaltene Vorschläge. Wir stimmten damals dem Vorschlag zur Einladung aller Kriegführenden unter der Bedingung zu, daß in der Einladung eine gewisse Frist festgesetzt werden sollte, während welcher ihre Annahme erfolgen müsse. Diese Frist lief am Abend des 4. Januar um zehn Uhr Abends ab. Es war keine Antwort eingelaufen, und die Folge war, daß wir keine weiteren Verpflichtungen und daher freie Hand für Unterhandlungen hinsichtlich eines Sonderfriedens mit Rußland hatten. Außerdem waren wir natürlich auch fernerhin nicht mehr durch die allgemeinen Friedensvorschläge gebunden, die uns von den russischen Delegationen unterbreitet worden waren.

Reden des Präsidenten Wilson und von Lloyd George.

An Stelle der erwarteten, jedoch nicht eingetroffenen Antwort, wurden von zwei feindlichen Staatsmännern Erklärungen abgegeben, es waren dieses die Rede des Premierministers Lloyd George und die Rede des Präsidenten Wilson. Ich gebe gerne zu, daß Herr Lloyd George einen anderen Ton angeschlagen hat. Er ergeht sich nicht mehr in Schimpfereien, und scheint bestrebt, wieder seine Fähigkeit als Unterhändler darzuthun, an der ich früher gezweifelt hatte. Ich kann jedoch nicht so weit gehn, wie es in vielen Meinungsäußerungen in neutralen Ländern der Fall gewesen, die aus dieser Rede des Herrn Lloyd George einen ernstlichen Wunsch für Frieden herauslesen haben, ja sogar freundliches Entgegenkommen. Es ist wahr, daß er versichert, er habe nicht die Absicht Deutschland zu vernichten und habe auch nie diesen Wunsch gehegt. Er hat sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirthschaftliche und kulturelle Stellung. Aber es fehlt nicht an anderen Aeußerungen, und immer wieder dringt der Gedanke an die Oberfläche, daß er über Deutschland zu Gericht gesessen und es aller erdenklichen Verbrechen für schuldig befunden hat. Mit einer derartigen Stellungnahme können wir nichts zu thun haben und in der wir auch keine Spur eines ernstlichen Bestrebens zur Erlangung des Friedens erblicken können. Wir sollen die Schuldigen sein, über denen die Entente jetzt zu Gericht sitzt. Das zwingt mich, einen kurzen Ueberblick über die Lage und die dem Krieg voraufgegangenen Ereignisse zu geben, selbst auf die Gefahr hin, daß ich nur das wiederhole, was schon lange vorher gesagt worden ist.

Elsaß-Lothringen.

Die Gründung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 machte der Zersplitterung ein Ende. Durch eine Vereinigung seiner Völkerschaften sicherte sich das Deutsche Reich eine Stellung, die seinen wirthschaftlichen und kulturellen Errungenschaften und den darauf begründeten Ansprüchen gebührt. Bismarck krönte sein Werk durch das Bündniß mit Oesterreich-Ungarn. Es war ausschließlich ein Defensivbündniß so erachtet und bestimmt vom Anbeginn an von den erlauchten Verbündeten. Nicht der geringste Gedanke für seinen Mißbrauch für Angriffszwecke ist im Laufe der Jahrzehnte aufgetaucht. Das Defensivbündniß zwischen Deutschland und der Donaumonarchie, die durch alte Ueberlieferungen eng liirt und durch das gemeinsame Interesse engverbündet waren, sollte ausschließlich zur Aufrechterhaltung des Friedens dienen.

Aber Bismarck hatte schon damals eine große Hinneigung zu Bündnissen und die Ereignisse der Zukunft haben erwiesen, daß dieses kein Schreckgespenst war. Die Gefahren von feindlichen Bündnissen, durch welche die verbündeten Centralmächte bedroht waren, sind des Oefteren aufgetaucht. Durch die Isolirungspolitik König Edward's wurde der Bündnißtraum zur Thatsache. Das Deutsche Reich, mit seinem Fortschritt und mit seiner zunehmenden Stärke, stand dem britischen Imperialismus im Wege. In der französischen Rachbegier und in den russischen Expansionsgelüsten fand dieser britische Imperialismus eine nur zu willige Unterstützung. So wurden Pläne für die Zukunft, für uns gefahrbringend, geschmiedet.

Deutschlands Rüstungen erklärt.

Die geographische Lage Deutschlands hat uns immer der Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten nahe gebracht und nunmehr wurde diese Gefahr klar sichtbar. Zwischen Rußland und Frankreich war ein Bündniß abgeschlossen worden und die Abschließenden waren numerisch doppelt so stark, als die Bevölkerungszahl Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. Das republikanische Frankreich lieh dem Zaren Billionen zum Bau von strategischen Eisenbahnen im Königreich Polen, um ein Vordringen gegen uns zu erleichtern. Die französische Republik holte ihren letzten Mann heraus, um die dreijährige Dienstpflicht einführen zu können. So schufen Frankreich mit Rußland Rüstungen, die bei beiden die höchste Möglichkeitsgrenze erreichten, wobei sie Ziele verfolgten, die gegenwärtig von unseren Feinden als imperialistisch bezeichnet werden.

Es wäre eine Pflichtvernachlässigung gewesen, wenn Deutschland bei diesem Spiel ein ruhiger Zuschauer geblieben wäre und nicht ebenfalls versucht hätte, sich Rüstungen zu sichern, die uns gegen künftige Feinde schützen. Ich darf wohl daran erinnern, daß ich als Mitglied des Reichstags sehr häufig über diese Fragen gesprochen und bei Gelegenheiten von weiteren Ausgaben für Rüstungen darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Bewilligungen zustimmte, nur bestrebt sei, eine Politik des Friedens zu verfolgen, und daß solche Rüstungen uns nur aufgebürdet würden, um die Gefahr abzuwehren, die uns möglicherweise von einem Feinde drohe. Es scheint nicht, als ob diesen Worten im Ausland irgend welche Beachtung geschenkt wurde.

Und Elsaß-Lothringen, von dem Lloyd George wiederum spricht? Er spricht von dem Unrecht, das im Jahre 1871 Deutschland an Frankreich begangen hat. Elsaß-Lothringen — Ihnen brauche ich es nicht zu sagen, aber im Ausland scheint über gewisse Vorkommnisse Unkenntniß zu herrschen — Elsaß-Lothringen besteht, wie fast allgemein bekannt ist, aus fast rein deutschen Gegenden, die mit Gewalt und wider alles Gesetz dem Deutschen Reich entrissen wurden, bis im Jahre 1779 die französische Revolution den letzten Rest verschluckte. Elsaß und Lothringen wurden dann französische Provinzen.

Als wir im Kriege des Jahres 1870 diese Gebiete, die uns in verbrecherischer Weise entrissen worden, zurückverlangten, so war das keine Eroberung von ausländischem Gebiet, sondern richtig und korrekt gesagt, was man heute als Disannexion bezeichnet, und diese Disannexion wurde damals ganz besonders von der französischen Nationalversammlung, den konstitutionellen Vertretern des französischen Volkes in der damaligen Zeit, am 29. März 1871, mit einer großen Stimmenmehrheit anerkannt.

Und mit Bezug auf England kann ich gleichfalls als klassische Zeugen ganz andere Auslassungen anführen, als wie sie jetzt vernommen werden. Kein anderer als der berühmte britische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle war es, der in einem Briefe an die „Times" im Dezember 1870 schrieb:

„Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbarn gehabt, wie ihn Deutschland während der verflossenen vierhundert Jahr an Frankreich besaß. Deutschland wäre wahnwitzig gewesen, wenn es nicht daran gedacht hätte, einen derartigen Grenzwall zwischen sich und und seinem Nachbar zu errichten, als die Gelegenheit sich bot."

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich einen sehr scharfen Ausdruck, dessen sich Carlyle mit Bezug auf Frankreich bediente, nicht citirt habe. Ich kenne kein Naturgesetz, keine Beschlüsse des himmlischen Parlaments, durch welche Frankreich allein in der ganzen Welt nicht verpflichtet gewesen sein sollte, gestohlene Gebiete zurückzugeben, wenn die Eigenthümer, denen sie entrissen worden, eine Gelegenheit zur Wiedereroberung derselben hatten. Und angesehene englische Preßorgane äußerten sich im gleichen Sinne. Ich führe als Beispiel die „Daily News" an.

Ansichten über Präsident Wilsons Programm.

Nun komme ich zum Präsidenten Wilson. Ich erkenne es an, daß der Ton augenscheinlich ein anderer geworden ist. Die einmüthige Abweisung des Versuchs des Herrn Wilson, durch seine Antwort an den Papst Zwietracht zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volk zu säen, hat seine Wirkung ausgeübt.

Punkt acht: Die besetzten Gebiete Frankreichs sind ein werthvolles Pfand in unseren Händen. Auch hier bildet gewaltsame Annexion keinen Theil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Methoden der Räumung, in denen Deutschlands wichtige Interessen zu berücksichtigen sind, müssen zwischen Deutschland und Frankreich erledigt werden. Ich kann nur wiederum ganz besonders die Thatsache betonen, daß es nie und nimmer von einer Zerstückelung des Reichsgebiets die Frage sein kann. Wir werden dem Feinde nicht gestatten mit Hilfe von seinen Redensarten irgendwelcher Art uns Reichsgebiet zu nehmen, das sich mit immer zunehmender Innigkeit dem Deutschthum angegliedert, das sich in hochbefriedigender Weise in wirthschaftlicher Hinsicht immer mehr entwickelt hat und von dessen Bewohnern über achtzig Prozent sich der deutschen Muttersprache bedienen.

Die Fragen, die Herr Wilson in den Punkten neun, zehn und elf behandelt, berühren sowohl die italienische Grenzfrage sowie Fragen der künftigen Entwicklung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Zukunft der Balkanstaaten; Fragen, in welchen zum größten Theil die Interessen unseres Verbündeten, Oesterreich-Ungarn, in den Vordergrund treten. Wo deutsche Interessen in Betracht kommen, werden wir sie mit der größten Energie vertheidigen. Aber ich darf wohl die Beantwortung der Vorschläge Herrn Wilsons bezüglich dieser Fragen in erster Linie dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen überlassen. Inniges Zusammenwirken mit der verbündeten Doppelmonarchie bildet den Kernpunkt unserer gegenwärtigen Politik und muß unser Leitfaden für die Zukunft sein. Treue Waffengenossenschaft, die sich in der Kriegszeit so herrlich bewährt hat, muß ihre Wirkung auch in Friedenszeiten ausüben. Wir werden unsererseits Alles für einen Frieden für Oesterreich-Ungarn thun, durch welchen seine gerechten Forderungen berücksichtigt werden.

Die Fragen, die von Herrn Wilson im Punkt zwölf behandelt werden, betreffen unseren getreuen und tapferen Verbündeten, die Türkei. Ich werde ihren Staatsmännern bezüglich ihrer Stellungnahme in keiner Weise vorgreifen. Die Unverletzlichkeit der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit der Frage der Dardanellen eng verbunden ist, bilden gleichfalls wichtige Interessen des deutschen Reichs. Unser Verbündeter kann stets in dieser Sache auf unsere energische Unterstützung rechnen."

Punkt vier: Beschränkung der Rüstungen: Wie bereits von uns dargelegt, ist die Frage der Rüstungen absolut debattirbar. Die finanzielle Lage aller europäischen Länder nach dem Kriege mag in sehr wirksamer Weise eine befriedigende Lösung fördern (Zwischenrufe: Hört, hört!) Es ist daher klar, daß eine Verständigung bezüglich der vier ersten Punkte von Herrn Wilsons Programm ohne Schwierigkeit erzielt werden könnte.

Die Kolonialfragen.

Ich komme jetzt zu dem fünften Punkte: Erledigung aller kolonialen Ansprüche und Streitigkeiten. Die praktische Verwirklichung der Grundsätze Herrn Wilsons wird unter allen Umständen auf etliche Schwierigkeiten stoßen. Ich glaube, daß man es vorläufig England, welches das größte Kolonialreich besitzt, überlassen kann, aus diesem Vorschlag seines Bundesgenossen zu machen, was es will. Dieser Punkt des Programms wird auch zu gehöriger Zeit, bei der Rückerstattung der Kolonialbesitzungen der Welt, die wir ebenfalls unter allen Umständen verlangen, erörtert werden müssen.

Punkt sechs: Die Räumung des russischen Gebiets. Da die Entente sich geweigert hat, während der von Rußland und dem Vierverband festgesetzten Frist sich den Unterhandlungen anzuschließen, so muß ich im Namen des Vierverbands es ablehnen, irgend welche spätere Einmischung zu gestatten. Wir erörtern hier Fragen, die nur Rußland und die vier verbündeten Mächte angehen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß mit der Anerkennung der Selbstbestimmung für die Völker an der Westgrenze des vormaligen russischen Reichs gute Beziehungen zwischen diesen Völkern und dem übrigen Rußland hergestellt werden, dem wir ernstlich die Rückkehr zu Ordnung, Friede und Bedingungen wünschen, durch welche die Wohlfahrt des Landes gesichert ist.

Die Verfügung über Belgien.

Punkt sieben: Belgien. Meine Vorgänger im Amt haben wiederholt erklärt, daß die Einverleibung Belgiens in Deutschland niemals einen Theil des Programms der deutschen Politik gebildet hat. Die belgische Frage gehört zu den Fragen, deren Einzelheiten gelegentlich der Unterhandlungen in der Friedenskonferenz zu erledigen sind. So lange unsere Gegner nicht rückhaltlos den Standpunkt einnehmen, daß die Unverletzlichkeit des Gebietes des Vierverbands die Grundlage für Friedensunterhandlungen bilden soll, muß ich auf dem Standpunkt beharren, den ich soweit eingenommen habe und es ablehnen, die belgische Frage aus der allgemeinen Diskussion auszuschließen.

Diese einmüthige Zurechtweisung allein dürfte Herrn Wilson auf den rechten Pfad lenken. Möglicherweise ist ein Anfang zu diesem Ende gemacht worden, denn jetzt wenigstens wird nicht mehr von einer Knechtung des deutschen Volkes durch eine autokratische Regierung die Rede sein und die vormaligen Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt worden.

Ich will mich nicht des Längeren über das Zerrbild der deutschen Politik auslassen, das in Herrn Wilsons Botschaft enthalten ist, aber ich werde im Einzelnen die Punkte behandeln, die Herr Wilson in der Botschaft niederlegt, nicht weniger als vierzehn an der Zahl, in denen er sein Friedensprogramm definiert, und ich ersuche um Ihre Geduld bei der möglichst kurzen Erörterung derselben.

Der erste Punkt enthält die Forderung, daß künftighin keine weiteren geheimen internationalen Abmachungen getroffen werden sollen. Die Geschichte lehrt, daß wir vor allen anderen im Stande sein würden, der Oeffentlichkeit der diplomatischen Schriftstücke zuzustimmen. Ich erinnere daran, daß unser Defensivbündniß mit Oesterreich-Ungarn der ganzen Welt seit dem Jahre 1888 bekannt war, während das Offensiv-Abkommen der feindlichen Staaten erst während des Krieges das Licht der Publizität erblickte, durch die Enthüllungen der russischen Geheimarchive. Die Unterhandlungen in Brest-Litovsk werden absolut öffentlich geführt. Dieses beweist, daß wir vollauf willens sind, diesen Vorschlag anzunehmen und Veröffentlichung der Unterhandlungen für ein allgemein gültiges politisches Prinzip zu erklären.

In seinem zweiten Punkt verlangt Herr Wilson den unbehinderten Schiffsverkehr auf den Meeren zu Kriegs- und zu Friedenszeiten. Dieses wird gleichfalls von Deutschland als die erste und eine der wichtigsten Forderungen für die Zukunft verlangt. Infolgedessen herrscht hier keine Meinungsverschiedenheit. Die Beschränkung, die Herr Wilson am Schluß anführt, und die ich hier nicht im Wortlaut anzuführen brauche, ist nicht verständlich, erscheint überflüssig und es würde daher am Besten sein, sie auszulassen. (Die Beschränkungsklausel lautet „ausgenommen, daß die Meere zum Theil oder ganz durch internationales Abkommen für die Durchführung von internationalen Abmachungen geschlossen werden können.")

Es würde jedoch für den freien Schiffsverkehr der Zukunft außerordentlich wichtig sein, wenn die stark befestigten Marinestützpunkte auf wichtigen internationalen Fahrstraßen, wie sie England in Gibraltar, Aden, Hong Kong, den Falkland Inseln und vielen anderen Punkten besitzt, entfernt würden.

Punkt drei: Auch wir stimmen völlig mit der Entfernung der wirthschaftlichen Grenzen überein, durch welche der Handel in überflüssiger Weise gehemmt

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

True translation filed with the Postmaster at Cincinnati on January 25, 1918, as required by the Act of October 6th, 1917.

Gefallen

Ist laut General Pershing's Bericht ein amerikanischer Soldat.

Einzelheiten in dem Bericht jedoch nicht enthalten.

Washington, D. C., 25. Jan. General Pershing meldete am Freitag, daß wieder ein amerikanischer Soldat im Kampf gefallen ist und zwar am 22. Januar, aber der Bericht enthielt keine Einzelheiten.

Der Gefallene ist der Soldat Fred W. Thompson. Sein Bruder, Ralph Thompson, ist in Georgetown, Ill., ansässig.

Die folgenden Todesfälle, die nicht im Kampf erfolgten, wurden ebenfalls gemeldet:

Sergeant Frederick D. Day, Genickstarre, Auburndale, Mass.; Krankenpflegerin Florence Hinton, Genickstarre, Decatur, Ill.; Militärhandwerker Ernst Hilton, Krankheit, Wells Beach, Maine; Soldat William Rossi, Tuberkulose, Lodi, California; Soldat Floyd Bolen, Lungenentzündung, Athens, Ohio; William B. Mohr, Geschwür, Covington, Ky. und Howard Hall, Derby, Ohio.

True translation filed with the Postmaster at Cincinnati on January 25, 1918, as required by the Act of October 6th, 1917.

Die Kohlenvertheilung.

Das Land von der Kohlen-Administration in zwanzig Zonen eingetheilt.

Für Ohio und den Distrikt von Kentucky, Tennessee und Georgia bereits Vertreter ernannt.

Washington, D. C., 25. Jan. Den neuen Plan der Kohlenvertheilung in die That umsetzend, hat die Kohlen-Administration am Freitag das Land in zwanzig produzirende Zonen eingetheilt und an der Spitze einer jeden solchen Zone wird ein im Kohlengeschäft erfahrener Mann stehen.

Soweit sind die folgenden Distrikte bereits geschaffen und die Vertreter des Heizmaterial-Administrators in denselben ernannt worden:

Südöstlicher Theil von Kentucky, Georgia und Tennessee: E. R. Clayton aus Harlan, Ky.; Gauley Kohlenfelder in West Virginien an der Baltimore und Ohio Bahn: D. R. Lawson aus Fairmount, W. Va.; Gauley Kohlenfelder von West Virginien an der Chesapeake und Ohio Bahn und ein Theil des Norfolk und Western Gebiets in Kentucky: A. H. Land aus Huntington, W. Va.; Alabama: E. A. Holmes aus Birmingham; Indiana: C. G. Hall aus Terre Haute; südliches Ohio und Mason County, West Virginien: W. D. McKinney; Nördliches Ohio: J. R. Zrebey.

True translation filed with the Postmaster at Cincinnati on January 25, 1918, as required by the Act of October 6th, 1917.

Ein Munitions-Supervisor

Vom Präsidenten ernannt.

Washington, D. C., 25. Jan. Die Ernennung des Herrn Stettinius zu dem neuen Posten, der eine Beaufsichtigung der Munition und Leitung der Ankäufe für das Kriegsdepartement zum Zweck hat, wird als eine Antwort der Administration auf die dem Senat vorliegende Bill zur Einsetzung eines Munitions-Ministers angesehen. Ein General-Supervisor wird alle Ankäufe für das Kriegsdepartement leiten und wie aus den Aeußerungen des Kriegs-Sekretärs Baker hervorgeht, wird Herr Stettinius weitgehendste Autorität erhalten.

Als 1914 der europäische Krieg ausbrach und die Alliirten, besonders Groß-Britannien nach den Ver. Staaten kamen, um Munition und Geld zu beschaffen, hielten J. P. Morgan & Co., welche die alliirten Anleihen in diesem Lande unterbrachten, es für nothwendig, alle Ausgaben unter die Kontrole eines Mannes zu stellen, um gute Resultate zu erzielen. Die Wahl fiel auf Herrn Stettinius. Er hat diesen Posten während der ganzen Zeit versehen und ist nach Ansicht der Administration der geeignetste Mann für die Aufgabe, die ihm jetzt zugewiesen worden ist. Er war kein Mitglied der Firma J. P. Morgan & Co. zu Beginn des Krieges, sondern Präsident der Diamond Match Co. und stand mit anderen Korporationen in Verbindung. Er ist aus St. Louis gebürtig und stammt von amerikanischen Eltern.

Als Senator Chamberlain von der Ernennung des Herrn Stettinius in Kenntniß gesetzt wurde, sagte er, daß das sein Kommittee von dem Plane, einen Munitions-Direktor einzusetzen, nicht abbringen werde, doch sei die Ernennung des Herrn Stettinius als ein Fortschritt zu betrachten und das Kommittee habe an einen Mann seines Schlages als Munitions-Direktor gedacht.

Wetter-Bericht.

Ohio: Schönes Wetter; bedeutend kälteres Wetter am Samstag.

True translation filed with the Postmaster at Cincinnati on January 25, 1918, as required by the Act of October 6th, 1917.

Sekretär Baker

Wird dem Senator Chamberlain antworten.

Washington, D. C., 25. Jan. Sekretär Baker hat den Senator Chamberlain ersucht, eine Versammlung zu veranstalten, der alle Kongreß-Mitglieder, die es wünschen, beiwohnen können, um seine (Bakers) Erwiderung auf die Angriffe betreffs der Untüchtigkeit der Heeresverwaltung entgegen zu nehmen. Das Schreiben des Sekretärs lautet:

Werther Senator Chamberlain!

Die Fragen, welche betreffs der Kriegsführung aufgetaucht sind, erheischen eine ausführliche Darlegung von mir, um Ihrem Kommittee, dem Kongreß und dem ganzen Lande Aufschluß zu ertheilen. Wir sind solche Darlegung den herrlichen Offizieren und Mannschaften schuldig, die nicht an sich gedacht, sondern mit Selbstaufopferung und wie ich glaube, auch mit Erfolg zum Aufbau eines großen Heeres beigetragen haben. Ebenso sind wir das auch den Geschäftsleuten schuldig, welche der Einladung des Kriegs-Departements gefolgt sind, nach Washington zu kommen, um ihre Geschäfts-Erfahrungen und ihr Urtheil dem Dienste unserer Sache zu widmen. Auch ist meiner Ansicht nach das Volk berechtigt, ausführlich zu erfahren, was Amerika in dem Kriege geleistet hat. Aus diesem Grunde ersuche ich Sie achtungsvoll, eine Versammlung zu veranstalten, welcher ich solche Auskunft ertheilen kann und daß Sie Zeit und Ort bestimmen, wann alle Mitglieder des Senats und Hauses, wenn sie es wünschen, der Versammlung beiwohnen können.

Washington, D. C., 25. Jan. Das Senats-Kommittee für Militär-Angelegenheiten hat beschlossen, dem Sekretär Baker Gelegenheit zur Darlegung seiner Ansichten zu geben. Es soll das am Montag geschehen, oder früher, wenn er es wünscht. In Folge dessen hat der Sekretär das Gesuch zurückgezogen, daß das Haus-Kommittee für Militär-Angelegenheiten ihn morgen anhöre. Der Wunsch des Sekretärs, seine Darlegungen vor allen Kongreß-Mitgliedern zu machen, hat offenbar kein Entgegenkommen Seitens des Senats-Kommittees gefunden, da weder das Haus-Kommittee für Militärangelegenheiten, noch andere Kongreßmitglieder eingeladen worden sind. Die Versammlung wird laut Beschluß des Kommittees in seinem Sitzungszimmer stattfinden, das nicht Platz für alle Kongreßmitglieder bietet, vielleicht etwas über ein Hundert Mitglieder aufnehmen kann.

True translation filed with the Postmaster at Cincinnati on January 25, 1918, as required by the Act of October 6th, 1917.

In Betrieb

Sind wieder alle Fabriken in Oesterreich-Ungarn.

So lauten die in Berlin eingetroffenen Meldungen.

Berlin, 25. Januar, via Amsterdam. In einer Wiener Depesche an die deutsche Presse, vom Mittwoch datiert, heißt es:

„Der Betrieb ist heute in allen Fabriken ohne Ausnahme aufgenommen worden. Nachrichten aus den Provinzen besagen, daß die Arbeiter fast überall an die Arbeit zurückgekehrt sind."